



Dr. Edgar Franke

13. Oktober 2023

Mitglied des Deutschen Bundestages für Schwalm-Eder/Frankenberg
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesgesundheitsminister

13. Oktober 2023

Mit FRANKE AKTUELL berichtet der Bundestagsabgeordnete für Schwalm-Eder/Frankenberg, Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin und aus dem Wahlkreis. Der Newsletter erscheint immer im Anschluss an eine Sitzungswoche des Deutschen Bundestages.

Kontakt

Dr. Edgar Franke, MdB
Bundestagsbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-73319
edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros

Bahnhofstr. 36c
34582 Borken
Tel.: 05682-739729
edgar.franke.wk@bundestag.de

Obermarkt 5
35066 Frankenberg
Telefon 06451-717950

www.edgarfranke.de

www.facebook.com/FrankeEdgar

Inhalt:

Editorial

Neues aus dem Bundestag

Krankenhaustour geht weiter

Aus Wahlkreis und Heimatregion

Bilder der Woche



Liebe Leserinnen und Leser,

wir verurteilen die abscheulichen Terrorangriffe der Hamas auf Israel aufs Schärfste und sind zutiefst entsetzt über die Morde an hunderten Kindern, Frauen und Männern, über Verschleppungen und



Raketenangriffe auf israelische Ortschaften. Mit einer Gedenkminute im Deutschen Bundestag (Bild) wollten wir deutlich machen, dass wir weiter fest und solidarisch an der Seite Israels stehen werden. Scharf zu verurteilen, sind auch diejenigen, die auf Deutschlands Straßen die Terrorangriffe und den grausamen Tod vieler unschuldiger Menschen feiern. Dafür sind harte Konsequenzen angemessen.

Tief betroffen macht mich auch das Ergebnis der Landtagswahl in Hessen. Nicht ein Wahlkreis konnte für die SPD gewonnen werden und rechte Kräfte sind stark auf dem Vormarsch. Leider waren wir in wichtigen Fragen nicht angemessen und rechtzeitig auf dem Platz, wie es der Politikwissenschaftler Wolfgang Schroeder¹ formuliert hat. Unsere Kampagne, jedenfalls in Form der Plakatgestaltung, hat die Menschen nicht erreicht. Noch schlimmer: Die Menschen haben sie nicht verstanden! Bundespolitische Themen und vor allem der Unmut über die Integrationspolitik haben den Wahlkampf eindeutig dominiert. Dies war auch einer Schmutzkampagne der Bildzeitung geschuldet, die nahezu jeden zweiten Tag, mit zum Teil unrichtigen Aussagen, versucht haben, unsere Spitzenkandidatin Nancy Faeser persönlich zu diskreditieren. Das konnte Nancy, selbst mit ihrem unglaublichen Einsatz, selbst mit ihren sehr guten Reden, selbst mit ihren vielen politischen und auch sehr persönlichen Terminen, die bei den Besuchern gut ankamen, nicht kompensieren. Nun müssen wir als Hessen-SPD versuchen, das verlorene Vertrauen, in einer gemeinsamen Kraftanstrengung wiederzugewinnen — dies wird jedoch kein Selbstläufer werden.

Ihr

¹Link zum Interview der HNA mit Prof. Wolfgang Schroeder:

<https://www.hna.de/politik/landtagswahl-hessen-ere855992/die-botschaft-lautet-so-koennt-ihr-nicht-weitermachen-92569013.html>



Neues aus dem Bundestag

Internationale Konzerne gerecht besteuern

Große internationale Konzerne können sich künftig nicht mehr einer Mindestbesteuerung entziehen, in dem sie ihre Gewinne in Steueroasen verschieben und sich so künstlich „arm“ rechnen. Im Gleichklang mit den anderen EU-Ländern setzen wir die Mindeststeuer jetzt in Deutschland um.

Den entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung haben wir in dieser Woche in 1. Lesung beraten.

Jede Buchhandlung zahlt Steuern. Große internationale Konzerne wie zum Beispiel Amazon zahlen wenig. Für uns ist klar:

Auch sie müssen sich angemessen daran beteiligen, dass Kitas, Schulen, Krankenhäuser und Straßen gebaut werden können. Durch eine Nachversteuerung von nicht oder niedrig besteuerten Unternehmensgewinnen wird eine globale Mindestbesteuerung in Höhe von 15 Prozent sichergestellt.

Hier hat sich Olaf Scholz schon seit 2018 als Bundesfinanzminister für eine internationale Mindeststeuer für große Konzerne eingesetzt. Mit Erfolg: 2021 haben sich 141 Staaten darauf geeinigt, eine solche internationale Mindeststeuer einzuführen. Das setzen wir jetzt um.

Außerdem wird im internationalen Steuerwettbewerb um Investitionen und Unternehmensansiedlungen eine Untergrenze eingezogen. Internationale Konzerne können sich somit nicht mehr ihrer Finanzierungsverantwortung für das Gemeinwesen entziehen.

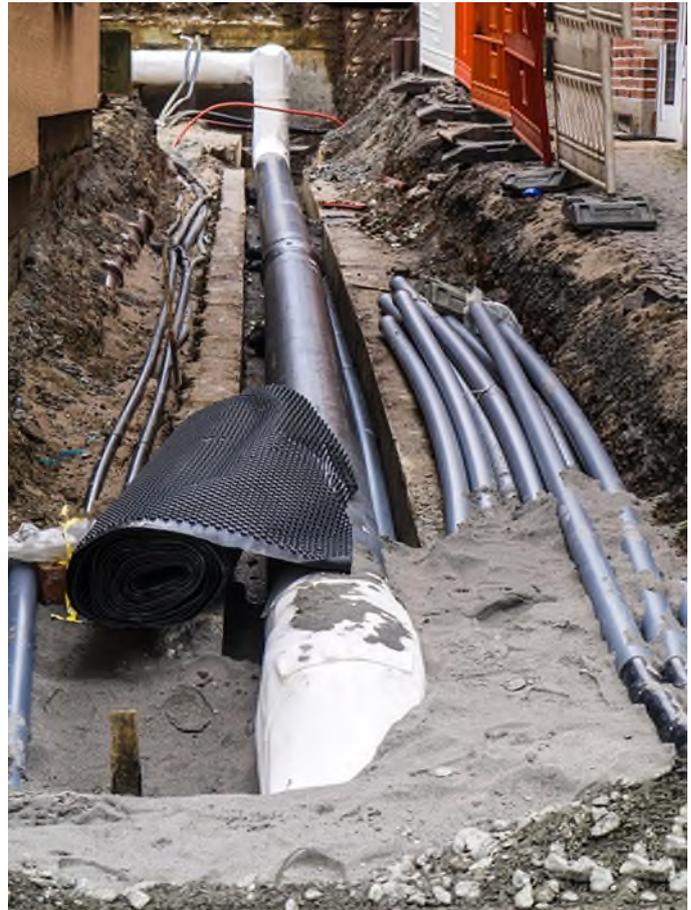




Die Wärmewende gemeinsam meistern

Bis 2045 wollen wir klimaneutral wirtschaften und leben. Nun müssen wir versuchen, dieses Ziel auch zu erreichen. Das heißt vor allem, auf fossile Energieträger zu verzichten.

Mit dem Gesetz für die Wärmeplanung und die Umstellung der Wärmenetze sollen die Grundlagen für die Einführung einer flächendeckenden Wärmeplanung in Deutschland geschaffen werden. So soll die Wärmeversorgung auf Treibhausgasneutralität umgestellt werden, um zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung bis 2045 beizutragen. Einen entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung haben wir ebenfalls in 1. Lesung beraten.



Die flächendeckende Wärmeplanung ist die wesentliche Voraussetzung für bezahlbare, klimaneutrale und zukunftsfähige Wärmeversorgung. Mit dem Wärmeplanungsgesetz geben wir den Kommunen und den Bürgerinnen und Bürgern Planungssicherheit. Wir machen Klimaschutz für alle bezahlbar. Auch bei der Wärmewende. So sorgen wir dafür, dass jede und jeder den Weg Richtung Klimaneutralität mitgehen kann.

Unser Ziel ist es, in allen rund 11.000 Kommunen Deutschlands eine Wärmeplanung zu haben, damit Bürgerinnen und Bürger, aber auch Gewerbetreibende wissen, mit welchem Energieträger und welcher Versorgung sie lokal rechnen können. Ganz konkret unterstützen wir die Kommunen finanziell bei der Erstellung von Wärmeplänen und sorgen in den kleinen Gemeinden für vereinfachte Verfahren. Keine Kommune muss die Wärmeplanung allein stemmen.

Gesundheitspolitik - 9. Intuitive Forum zum Thema „Krankenhausreform - Reform geglückt?“

Die Krankenhausreform ist das zentrale gesundheitspolitische Thema dieser Legislaturperiode. Unter dem Motto "Krankenhausreform – Reform geglückt? lud das 9. Intuitive Forum am 09. Oktober 2023 in Berlin ein.

In seinem Statement sagt der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesgesundheitsminister, Dr. Edgar Franke, dass davon auszugehen sei, dass Anfang nächsten Jahres ein Gesetzentwurf in die Beratungen gehen würde. Wann die Umstellung der Krankenhausvergütung wirke, komme letztlich auf die konkreten Inhalte des Gesetzentwurfs an. „Ein realistischer Zeithorizont ist 2025/2026. Klar ist in jedem Fall, dass die Umstellung eine mehrjährige Übergangs- und Konvergenzphase erfordert“, betonte Franke.

Ein Gesetzgebungsentwurf müsse jetzt möglichst schnell in das parlamentarische Verfahren eingebracht werden, forderte der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, Karl-Josef Laumann, „damit er noch in dieser Legislaturperiode Wirkung entfalten könne“.

Bild: Mit Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, Dr. Gundula Werner,



Vizepräsidentin der Deutschen Krankenhausgesellschaft und Moderatorin Dana Bethkenhagen.



Petitionsausschuss befasste sich mit elektronischer Patientenakte

Der Petitionsausschuss des Bundestages hat in einer öffentlichen Sitzung das Für und Wider einer elektronischen Patientenakte (ePa) diskutiert.

In einer Eingabe wurde ein Verstoß gegen die informelle Selbstbestimmung beklagt, falls die geplante

verbindliche Einführung mit der Möglichkeit eines aktiven Widerspruchs kommen sollte. Die Petition war innerhalb von vier Wochen von mehr als 58.000 Menschen unterschrieben worden.

In der öffentlichen Sitzung des Petitionsausschusses verteidigte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium, Edgar Franke (SPD), die Pläne. Unter anderem könnten unnötige und belastende Mehrfachuntersuchungen durch eine Zusammenführung der Daten vermieden werden, was Ärzte und Patienten entlasten könne.



Mit der **ePA** sollen gesetzlich Versicherte ihre Röntgenbilder, Medikationspläne und andere Behandlungsdaten digital speichern können, die sie selbst und ihre Ärzte dann abrufen können. Die Bundesregierung plant, dazu eine Widerspruchslösung für die ePA einzuführen, so dass die 74 Millionen Versicherten künftig aktiv einer Überführung ihrer Daten in eine elektronische Akte widersprechen müssen (sogenanntes Opt-Out-Verfahren). Ab 2025 soll den Patientinnen und Patienten nach den Plänen der Regierung ansonsten automatisch von ihrer Krankenkasse eine solche ePA zur Verfügung gestellt werden. Dazu wird derzeit ein entsprechendes Gesetz erarbeitet.

Krankenhaustour geht weiter

Auch im Wahlkampf konnte ich meine Krankenhaustour fortsetzen. Mit prominenter Begleitung besuchte ich das Universitätsklinikum Gießen und Marburg. Die Uniklinik verfügt über eine Long-Covid-Ambulanz, die ich gemeinsam mit Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach und Bundesinnenministerin Nancy Faeser aufgesucht habe.



Die Uniklinik hat, als einzige neben der Berliner Charité, ein interdisziplinäres Post-Covid-Zentrum. Wir haben erneut die Notwendigkeit zum Ausbau der Forschungsmittel für Long Covid hervorgehoben. Es gibt bereits viele Betroffene, darunter auch Kinder, und es müsse mit einer neuen Coronawelle mit vielen zusätzlichen Fällen gerechnet werden.

In der Ambulanz werden auch Patienten betreut, die nach einer Corona-Impfung an Langzeitsymptomen leiden, dem sogenannten Post Vac. Die betroffenen Patienten müssen genauso versorgt werden, wie Post-Covid-Patienten. Marburg hat die beste und umfangreichste Forschung zu Post Vac. Die hier stattfindende Forschung wird bundesweit wahrgenommen.



Derzeit stellt der Bund etwa 40 Millionen Euro für die Versorgungsforschung in Deutschland zur Verfügung.

Aus Wahlkreis und Heimatregion

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach zum Krankenhausstandort Melsungen

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach bescheinigte den Melsungern und dem Landkreis bei seinem Besuch, sie seien mit ihren Plänen zu einem intersektoralen Gesundheitszentrum auf dem richtigen Weg.

Lauterbach spielte damit auf die Krankenhausreform an mit den sogenannten Level-1i-Kliniken. Diese würden vor Ort gebraucht und seien vollwertige Kliniken. Ergänzt würden chirurgische und internistische Angebote durch Belegärzte.

Für Kommunen würde der Betrieb eines Krankenhauses des Levels 1i wieder attraktiver, betonte Bundesgesundheitsminister Lauterbach ist. Sie müssten nicht mehr die großen Defizite befürchten.

Es sei sicher ein guter Ansatz, dass sich ein Krankenhaus aus den Betriebskosten finanzieren könne. „Mit Tages- und Vorhaltepauschalen wird sich dieses Haus wieder selbst finanzieren können“, versprach Lauterbach.



Bild: Karl Lauterbach

trägt sich in das Goldene Buch der Stadt Melsungen ein. Von links: SPD- Kreischef Dr. Philipp Rottwilm, 1. Kreisbeigeordneter Jürgen Kaufmann, 1. Stadträtin Ullrike Hund, Günter Rudolph, Fraktionsvorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, Bundesgesundheitsminister Prof. Karl Lauterbach, Landrat Winfried Becker und Dr. Edgar Franke.



Bilder der Woche

Die schöne Melsunger Innenstadt mit ihren Fachwerkgebäuden wurde von Bundespolitikern immer gern aufgesucht. Auf dem Bild rechts bin ich mit **Bundeskanzler Olaf Scholz** zu sehen.

Besonders habe ich mich gefreut, dass zuletzt auch mein Chef, **Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach**, den Weg in die Bartenwetzter Stadt gefunden hat.



Auch die Vertreter des Gesundheitsnetzwerks „Gesunder Schwalm-Eder-Kreis+ informierten in Melsungen den Bundesgesundheitsminister über ihre Entwicklung. Zusammen mit der BKK B. Braun Aesculap bauen sie ein innovatives Gesundheitsnetzwerk auf.



Geschäftsstellenleiter **Johann Hirsch** (rechts von Lauterbach) und **Steven Renner** umrahmten dann auch den Minister auf dem Foto.



Auch die Spitzenkandidatin **Bundesinnenministerin Nancy Faeser** begleitete uns in Melsungen und in Marburg.

Im Bild rechts geht der Marburger **Oberbürgermeister Dr. Thomas Spieß** in der Mitte zwischen den Bundesministern.

Der Besuch des Post-Covid-Zentrums war für alle von größtem Interesse.

Mit meiner Kollegin Esther Dilcher auf dem 60. Geburtstag von **Johannes Kahrs** (im Bild rechts, links sein Ehemann). Kahrs war von 1998 bis 2020 Mitglied des Deutschen Bundestages und Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion im Haushaltsausschuss.



Treffen mit dem Vorstand des Bundesverbandes der Podologen. Geschäftsführer ist jetzt der ehemalige Bad Zwestener Bürgermeister **Michael Köhler**. Der Verband hat seinen Sitz in Kassel.

An dem Gespräch im „nägel“ in Fritzlar nahmen neben Geschäftsführer Michael Köhler die Präsidentin des Verbandes, Martina Schmidt (links) und die Vizepräsidentin Sindy Burow teil. Das

Gespräch war konstruktiv und soll mit dem Ziel fortgeführt werden, die Arbeitsbedingungen der Podologinnen und Podologen und die Gesundheitsversorgung der podologischen Patienten weiter zu verbessern.



Sehr gute Ergebnisse bei den Bürgermeisterwahlen im Wahlkreis

Bürgermeister Dr. Philipp Rottwilm (SPD)
(Bildmitte rechts) wurde mit 80,8 % in
Neuental wiedergewählt.



Mit 81,7 % wurde
Mario Gerhold (SPD)
(Bild links) in Körle
wiedergewählt.



Andreas Koch (SPD) (Bild rechts) konnte sich mit
69,7 % gleich gegen 2 weitere Kandidaten im ersten
Wahlgang in Knüllwald durchsetzen. Wir gratulieren recht herzlich!



Mit **Andreas Hahn** (SPD,
Stellvertreter des MdL Günter
Rudolph, Bild links) verfolgte Edgar Franke die eingehenden
Ergebnisse aus den einzelnen Wahlbezirken bei den
Bürgermeisterwahlen.



Bei der Bürgermeisterwahl in
Frankenberg am Sonntag hatte keiner der
vier Kandidaten die absolute Mehrheit
bekommen. **Barbara Eckes** (SPD) kam mit
41,52 % sehr dicht an den Kandidaten
Björn Jäger (42,53 %) heran und hat sehr gute Chancen
in der Stichwahl.

IMPRESSUM

Eine Information des Bundestagsabgeordneten Dr. Edgar Franke. Die Infos werden bewusst kurz gehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

Bilder: Seite 1 Tino Basoukos, Seite 2 Screenshot von der Bundestagssitzung unter www.bundestag.de, Seite 3 Sharepic der SPD-Bundestagsfraktion, Seite 4 Image by [Monika](#) from [Pixabay](#), Seite 5 Edgar Franke, Seite 6 © DBT / Thomas Köhler/ photothek.net, Seiten 7- 11 Edgar Franke, Kandidatenbilder Gerhold von Barbara Schneider, Andreas Koch, Barbara Eckes.

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.